

Europa in der Region



Neue Operation im Mittelmeerraum ^[1] – Die Europäische Union wird sich mit einer neuen Operation im südlichen Mittelmeer an der Durchsetzung des Waffenembargos gegen Libyen beteiligen. Das haben die Außenminister der EU jetzt auf ihrem Treffen festgelegt. Luft-, Satelliten- und Seeinheiten sollen sich vorwiegend auf den Osten der libyschen Küste konzentrieren, da dort ein Großteil des Waffenschmuggels stattfindet. Die Vereinten Nationen wollen mit dem Embargo den libyschen Bürgerkrieg beenden.

EU-Kommission leitet mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein ^[2] – Zum einen, weil Deutschland nicht genügend für die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie wildlebende Tiere und Pflanzen gesorgt hat, und zum anderen, weil Deutschland die Richtlinie zum Schutz von Oberflächengewässern vor Verschmutzung nicht in nationales Recht umgesetzt hat. Außerdem gibt es ein Verfahren, da das Land die schnellen Lösungen für IT-Systeme im Mehrwertsteuerbereich nicht umgesetzt hat.

EU will Bürger mehr in Kohäsionspolitik miteinbinden [3] – Dazu wurden zwei neue Pilotprojekte erarbeitet. Diese sollen erreichen, dass Bürgerinnen/ Bürger und auch zivilgesellschaftliche Organisationen sich besser an der Planung, Verwendung und Überwachung der EU-Mittel mitbeteiligen können.

REXIT: Kommission bereitet Verhandlungen über die künftige Partnerschaft vor [4] – Mit Ablauf des 31. Januar 2020 endete die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland in der Europäischen Union, die am 1. Januar 1973 begonnen hatte. Die Europäische Kommission hat jetzt eine Empfehlung an den Rat zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich abgegeben.

BREXIT: Was ändert sich für Verbraucher? [5] – Der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland am 31. Januar 2020 berührt auch die Rechte von Verbraucher*innen im grenzüberschreitenden Reise- und Wirtschaftsverkehr. Das Europäische Verbraucherzentrum in Kehl (EVZ [6]) hat jetzt Antworten zur den wichtigsten Fragen zusammengetragen.

Martin Buschmann verlässt Linksfraktion im Europaparlament [7] – Der niedersächsische Europaabgeordnete Martin Buschmann (Tierschutzpartei [8]) verlässt die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke [9] im Europaparlament. Er kommt damit seinem Ausschluss zuvor: Buschmann hatte verheimlicht, in den neunziger Jahren für die rechtsextreme NPD tätig gewesen zu sein. Buschmanns Einzug in das Europäische Parlament war nicht zuletzt möglich, weil es in der Bundesrepublik seit 2014 keine Sperrklausel (Prozenthürde) mehr für den Einzug einer Partei ins EP gibt. Das Bundesverfassungsgericht hatte diese als unnötig angesehen.

David McAllister wird BREXIT-Beauftragter des Europaparlaments [10] – Der frühere niedersächsische Ministerpräsident David McAllister wird Vorsitzender der neuen Koordinierungsgruppe für den britischen EU-Austritt und die Verhandlungen mit Großbritannien des Europäischen Parlaments (EP). Der CDU-Politiker hat selbst schottische Wurzeln und ist seit 2014 Mitglied des EP. Aktuell drücken die Abgeordneten des EP ihre Besorgnis über die Situation [11] von EU-Bürger*innen im Vereinigten Königreich sowie der Brit*innen auf dem Gebiet der EU aus.

Von der Leyen stellt neue Arbeitsmethoden vor [12] – Nach Amtsantritt der Kommission am 01. Dezember hat Ursula von der Leyen nun einige Neuerungen zur Arbeitsweise der Kommission vorgestellt. Zum Beispiel soll es erstmals ein spezifisches Gremium für die Abstimmungen in Sachen Außenbeziehungen geben und die Sitzungen der Kommission sollen papierlos werden.

BREXIT: Kommission bereitet sich auf zügige Verhandlungen vor [13] – Die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Großbritannien sollten schnell von Statten gehen, dafür sprach sich jetzt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament aus. Falls kein Abkommen bis Ende 2020 erzielt werden könne, drohe erneut ein harter BREXIT, so von der Leyen bei ihrer Rede in Straßburg. Die Kommission werde, so die Präsidentin, bereits am 1. Februar bereit sein, ein Mandat für die Verhandlungen vorzuschlagen.

Wahlsieg der britischen Konservativen [14] – Bei der britischen Parlamentswahl am Donnerstag, den 12.12.19, konnten die Tories unter Boris Johnson eine Mehrheit erzielen, was bedeutet, dass Boris Johnson, der den Brexit durchziehen will, Premierminister bleibt.

Der Europäische Rat diskutiert nun über den zu erwartenden EU-Austritt und hofft auch nach dem Brexit auf eine enge Beziehung zum Vereinigten Königreich. Michel Barnier ist weiterhin für die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zuständig.

BREXIT auf Ende Januar 2020 verschoben ^[15] – Der Austritt des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland wird auf den 31. Januar 2020 verschoben. Darauf haben sich die 27 verbleibenden Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk ^[16], zufolge geeinigt. Sollte der geänderte Austrittsvertrag früher durch das britische Parlament ratifiziert werden, könnte der Austritt auch früher erfolgen. Maßgeblich für den weiteren Fortgang wird nun das Ergebnis der vorgezogenen britischen Parlamentswahl am 12. Dezember 2019 sein.

Deutschland Platz 12 im EU-Gleichstellungsindex ^[17] – Dieser wird vom Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ermittelt und zeigt, dass die Fortschritte bei der Gleichstellung von Mann und Frau nur sehr langsam vorankommen. Europaweit ist der Index (Höchstwert 100 Punkte) mit 67,4 seit 2017 um nur einen Punkt gestiegen.

Seenotrettung im Mittelmeer: EU erinnert an humanitäre Pflicht ^[18] – Angesichts der ungelösten Situation in Bezug auf das Rettungsschiff „Open Arms“ im Mittelmeer ruft die Europäische Kommission zu einer humanitären Lösung auf. EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos dankte Spanien für seine Bereitschaft, die „Open Arms“ in einen spanischen Hafen einfahren zu lassen und begrüßte die Bereitschaft von fünf weiteren EU-Staaten, die Flüchtlinge aufzunehmen. In Osnabrück engagiert sich der Verein Seebrücke ^[19] in diesem Feld.

Film: "Europa in der Region" - Sehen Sie hier den Imagefilm "Europa in der Region"! ^[20]

Millionenförderung für DIL in Quakenbrück ^[21] – das Deutsche Institut für Lebensmittelforschung (DIL e.V.) in Quakenbrück erhält mehr als eine Millionen Euro vom Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT ^[22]) der EU. Damit sollen neue Methoden der Haltbarmachung von Obst und Gemüse erforscht werden. Gearbeitet wird z.B. mit elektrischen Impulsen oder Hochdruck. Die neuen Techniken sollen bei den Landwirten direkt zum Einsatz kommen, um die Menge an weggeworfenen Lebensmitteln zu reduzieren.

USA und EU einigen sich auf Importmengen für hormonfreies Rindfleisch ^[23] – Innerhalb von sieben Jahren soll der Anteil von US-Importen an der Gesamtimportmenge auf 35.000 Tonnen pro Jahr steigen, wobei die hohen europäischen Standards eingehalten werden. Darauf haben sich jetzt die Vereinigten Staaten und die Europäische Union geeinigt. Die Vereinbarung über den Import von US-Rindfleisch ist ein Schritt, um die gemeinsame Erklärung ^[24] von US-Präsident Trump und EU-Kommissionspräsident Juncker vom Juli 2018 umzusetzen.

Hohe Nitratwerte: Zweitverfahren gegen die Bundesrepublik ^[25] – Die Europäische Kommission hat die Bundesrepublik erneut ermahnt, das Urteil des Europäischen Gerichtshofes ^[26] (EuGH) von vor einem Jahr umzusetzen. Ein Aufforderungsschreiben gemäß Artikel 260 des Vertrags von Lissabon ist nur der nächste Schritt in diesem Verfahren. Geschieht die Umsetzung danach immer noch nicht, kann die Bundesrepublik in einem möglichen Zweitverfahren vor dem EuGH zu Strafzahlungen verurteilt werden.

Dürre: EU-Kommission kündigt Hilfen an ^[27] – Wie schon 2018 ist auch dieser Sommer von einer außerordentlichen Trockenheit gekennzeichnet. Die Europäische Kommission zahlt

deshalb Landorten, die von der Dürre betroffen sind, Gelder eher aus. Auch auf Flächen, die normalerweise nicht für Produktionszwecke genutzt werden, können Futtermittel angebaut werden.

Millionenförderung für DIL in Quakenbrück ^[21] – das Deutsche Institut für Lebensmittelforschung (DIL e.V.) in Quakenbrück erhält mehr als eine Millionen Euro vom Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) ^[22] der EU. Damit sollen neue Methoden der Haltbarmachung von Obst und Gemüse erforscht werden. Gearbeitet wird z.B. mit elektrischen Impulsen oder Hochdruck. Die neuen Techniken sollen bei den Landwirten direkt zum Einsatz kommen, um die Menge an weggeworfenen Lebensmitteln zu reduzieren.

EuGH urteilt zur Messung von Luftschadstoffen und Fahrverboten ^[28] – Der Europäische Gerichtshof (EuGH ^[29]) stärkt das Recht von Stadtbewohnern auf saubere Luft: Sie können bei Gericht überprüfen lassen, ob Messstationen richtig platziert sind. Außerdem stellte das Gericht klar, dass für die Verhängung von Fahrverboten nicht Mittelwerte, sondern schon Überschreitungen an einzelnen Messstellen ausreichen. Mit dieser Auslegung in Bezug auf die Luftreinhalt Richtlinie ^[30] schafft der EuGH strenge Regeln auch für Osnabrück.

EuGH: deutsche PKW Maut rechtswidrig ^[31] – Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat die geplante PKW Maut in der Bundesrepublik für rechtswidrig erklärt. Die Abgabe sei „diskriminierend, da ihre wirtschaftliche Last praktisch ausschließlich auf den Haltern und Fahrern von in anderen Mitgliedsstaaten zugelassenen Fahrzeugen liegt“, erklärte das Gericht ^[32]. Die Maut hätte aller Voraussicht nach zu großen Schwierigkeiten im Grenzverkehr, z.B. zwischen Deutschland und den Niederlanden geführt, wie auch die EUREGIO ^[33] bemängelte.

BREXIT: keine weiteren Notfallmaßnahmen ^[34] – Die Europäische Kommission trifft keine weiteren Maßnahmen in Bezug auf einen britischen EU-Austritt ohne Abkommen (No-Deal-BREXIT). Nach ihrer Auffassung erfüllen die bisherigen Vorbereitungen auf ein Szenario ohne Abkommen weiterhin ihren Zweck und es besteht keine Notwendigkeit, bisher getroffene Maßnahmen inhaltlich zu ändern. Die Kommission bereitet sich seit Dezember 2017 auf einen No-Deal-BREXIT vor und veröffentlicht jetzt eine Bestandsaufnahme vor dem Europäischen Rat ^[35].

Verschiebung des BREXIT ^[36] – Großbritannien hat bis zum 31. Oktober 2019 Zeit, sich auf den Austritt aus der Europäischen Union vorzubereiten oder diesen zurückzuziehen. Deshalb hat die britische Bevölkerung an der Europawahl teilgenommen.

BREXIT: Notfallmaßnahmen zur Wahrung von sozialen Ansprüchen ^[37] – Sollte das Vereinigte Königreich Großbritannien die Europäische Union ohne ein Abkommen verlassen (NO-DEAL-BREXIT), sollen dort lebende EU Bürger und Brit*innen, die in andren EU-Staaten gelebt und gearbeitet haben, auf jeden geschützt werden. Die belgische EU-Kommissarin Marianne Thyssen, sagte bei der Vorstellung der Maßnahmen: „Die Millionen von EU-Bürgern, die vor dem Austritt im Vereinigten Königreich gearbeitet haben, werden diese Rentenansprüche bei der Pensionierung in der EU nicht verlieren. Patienten sollten in der Lage sein, die laufende medizinische Behandlung im Vereinigten Königreich abzuschließen.“

Vorbereitung für den NO-DEAL-BREXIT weiter komplettiert ^[38] - Im Hinblick auf die zu klärende Situation bleibt es dabei: Die Europäische Kommission bereitet sich mit aller Kraft auf ein Ausscheiden des Vereinigten Königreiches Großbritannien aus der EU ohne ein Abkommen, einen so genannten NO-DEAL-BREXIT, vor. Sie ruft Unternehmen und

Bürger*innen in allen 27 verbleibenden EU-Staaten dringend dazu auf, das selbe zu tun.

Weitere Notfallregelungen zum BREXIT im EP ^[39] – Das Europäische Parlament hat eine Reihe von Notfallregelungen in den Bereichen Reise, Luft- und Straßenverkehr, Erasmus, soziale Sicherheit und Fischerei für den Fall eines BREXITs ohne Abkommen angenommen. Hintergrund ist die Ablehnung des Austrittsvertrages durch das britische Parlament.

BREXIT ^[40] – Nach der der nächsten gescheiterten Abstimmung im britischen Unterhaus ist der Verlauf des BREXIT weiterhin völlig offen. Zuvor hatten sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Großbritanniens Premierministerin May in Straßburg auf ein rechtlich verbindliches Instrument ^[41] als Ergänzung zum BREXIT-Abkommen verständigt. Dieses sollte May dabei helfen, die Zustimmung der britischen Parlamentarier für den zwischen Großbritannien und der EU ausgehandelten Deal zu erhalten.

BREXIT: Informationen für britische Staatsbürger*innen in der Region Osnabrück ^[42] – Nach wie vor ist die Umsetzung des britischen EU-Austritts nicht geklärt. Britische Staatsbürger*innen, die Fragen in diesem Zusammenhang haben, können sich hier ^[43] informieren.

EU-Kommission zur ungarischen Regierungskampagne ^[44] – Mit umfangreichen und sehr deutlichen Ausführungen setzt sich die EU-Kommission gegen die aktuelle ungarische Regierungskampagne zur Wehr. Die sieben in Anzeigen, auf Plakaten und in einem von Regierungschef Victor Orbán initiierten Brief an alle ungarischen Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto: „Sie haben das Recht zu wissen, was Brüssel plant“ aufgestellten Behauptungen zum Thema Migration werden anhand von Faktenchecks widerlegt. Mehr zur europäischen Migrationspolitik erfahren Sie hier ^[45].

EU-Kommission informiert Unternehmen zur Vorbereitung auf einen No-Deal-BREXIT ^[46] – Die Wahrscheinlichkeit eines britischen EU-Austritts ohne Abkommen (No-Deal-BREXIT) steigt. Daher informierte jetzt die Europäische Kommission Unternehmen im EU-Raum in Bezug auf Zoll und indirekte Steuern (z.B. Mehrwertsteuer). Den Firmen stehen somit Unterlagen ^[47] zur Verfügung, um die wichtigsten Maßnahmen zum Schutz ihres Geschäftes zu treffen.

BREXIT-Abstimmung ^[48] – Nach der Ablehnung des Ausstiegsvertrages durch das britische Parlament setzt die EU Ihre Arbeiten an Maßnahmen fort, die beim Ernstfall des "No-Deal" Ausstiegs greifen sollen. Gleichzeitig fordert EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das Vereinigte Königreich auf, seine Vorstellungen über das weitere Vorgehen rasch mitzuteilen.

Briefe zum BREXIT ^[49] – In zwei offenen Briefen haben sich sowohl der Europäische Rat und die EU-Kommission als auch Mitglieder des Europäischen Parlamentes an die britische Bevölkerung und die Politik gewandt. Zum einen gaben Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Ratspräsident Donald Tusk ^[50] nochmals Zusicherungen für das Austrittsabkommen, z.B. die, dass der so genannte Backstop in Bezug auf die irisch-nordirische Grenze nur im Notfall zum Einsatz kommt. Zum anderen hatten bereits vorher mehr als einhundert Abgeordnete ^[51] des Europäischen Parlaments einen Brief an die britische Bevölkerung ^[52] unterzeichnet. Darin bitten sie darum, „im Interesse der nächsten Generation den Austritt zu überdenken“. Zu den Unterzeichnern gehören auch Jens Gieseke ^[53] oder Rebecca Harms ^[54].

BREXIT: „No Deal“ Aktionsplan vorgelegt ^[55] – In einem neuen Aktionspaket hat die Europäische Kommission 14 Maßnahmen konkretisiert. Damit soll die Arbeit in Bereichen gesichert werden, in denen es ohne ein Austrittsabkommen mit Großbritannien für die verbleibenden EU-Staaten zu schweren Verwerfungen kommen kann. Dazu gehört unter anderem die Regelung von Luftverkehrsdiensten und Flugsicherheit, um den Luftverkehr zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU aufrechtzuerhalten. Nötig geworden sind die Maßnahmen angesichts der bestehenden Unsicherheiten.

Verfahren zur Unterzeichnung des BREXIT-Abkommens eingeleitet ^[56] – Die Europäische Kommission hat die notwendigen formellen Schritte eingeleitet, damit die 27 Mitgliedsstaaten das Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zum 30. März 2019 verabschieden können. Unterdessen hat der Europäische Gerichtshof ^[29]erklärt, dass die Briten auch einseitig und formlos den BREXIT widerrufen könnten.

„WiFi4EU“: WLAN für alle ^[57] – „WiFi4EU“ soll bis 2020 für flächendeckendes WLAN in der gesamten Europäischen Union sorgen. Eine Liste mit den bereits erfolgreich registrierten Gemeinden gibt es hier ^[58], außerdem Antworten ^[59]auf die wichtigsten Fragen.

Grenzsicherung: EU und Albanien arbeiten zusammen ^[60] – Die Europäische Union hat eine Vereinbarung mit Albanien zur Zusammenarbeit beim Grenzmanagement unterzeichnet. Diese, noch unter Vorbehalt der Zustimmung des Europäischen Parlaments stehende, Vereinbarung ermöglicht der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache unter anderem eine bessere Koordination von Kontrollen an den EU-Außengrenzen.

Rechtsstaatlichkeit: EU-Kommission verklagt Polen ^[61] – In der Auseinandersetzung um die Rechtsstaatlichkeit in Polen hat die Europäische Kommission nun beschlossen, das Land vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg zu verklagen. Damit ist eine weitere Stufe im Verfahren über die Unabhängigkeit des polnischen Rechtsstaats eingeleitet. Zuvor hatte die EU Polen eine mit Gründen versehene Stellungnahme ^[62]zugeleitet.

Europäisches Solidaritätskorps: Projektideen einreichen! ^[63]– Die EU-Kommission ruft dazu auf, Vorschläge und Projektideen für das Europäische Solidaritätskorps einzureichen. Dies ist die erste von mehreren Aufforderungen, die es bis Ende 2020 insgesamt 100.000 jungen Menschen ermöglichen werden, im Solidaritätskorps ^[64] mitzuwirken. Zur Verfügung stehen insgesamt 44 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt. Im Rahmen der Verhandlungen zur neuen Finanzplanung ab 2021 hatte die Kommission aber bereits eine Ausweitung vorgeschlagen ^[65].

Vorbereitungen auf den BREXIT ^[66] – Das jetzt von der britischen Regierung vorgelegte Weißbuch zum Ausstieg aus der EU enthalte „konstruktive Elemente“, so Michel Barnier. Der Chefunterhändler der EU für die Verhandlungen betonte allerdings auch, dass noch einige Fragen zu klären sind. Außerdem ruft die EU-Kommission Wirtschaft und Verwaltungen dazu auf, ihre Anstrengungen bezüglich der Vorbereitungen auf den BREXIT ^[67] zu erhöhen. Dieser werde, ob mit Austrittsabkommen oder ohne, zu Störungen – z.B. bei länderübergreifenden Lieferketten – führen.

Beschäftigung und soziale Lage: große Herausforderungen ^[68] – Vor allem der technologische Wandel stellt Europa in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Zu diesem Schluss kommt der von der Kommission vorgelegte Beschäftigungs- und Sozialbericht für 2018. Zwar habe die Zahl der Erwerbstätigen mit 239

Mio. eine neue Höchstmarke erreicht, aber insbesondere Routineaufgaben, die nur eine geringe Qualifikation erfordern, werden durch die zunehmende Automatisierung und Digitalisierung ersetzt, so EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen aus Belgien bei der Vorstellung des Berichts [69].

Anzahl der Asylanträge in der EU geht zurück [70] – Die Anzahl der in der Europäischen Union gestellten Asylanträge ist in den ersten Monaten 2018 erneut zurückgegangen. Das hat das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) jetzt anhand aktueller Zahlen dokumentiert. Zuvor hatte bereits EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Bayerischen Landtag für eine europäische Flüchtlingspolitik plädiert.

WiFi4EU: Freies W-LAN für alle [71] – Die EU-Kommission erneuert den Aufruf zur Kampagne „WiFi4EU“, das mehrere Tausend Kommunen und öffentlich zugängliche Plätze im EU-Gebiet mit Hot Spots für das Internet versorgt. Interessierte können sich auf der Website www.WiFi4EU.eu [57] informieren.

Brexit: Einigung auf Übergangsabkommen [72] – Die Verhandlungsleiter der Europäischen Union und des Vereinigten Königreiches Großbritannien haben sich auf eine Übergangslösung geeinigt. So wird Großbritannien noch bis Ende 2020 Beiträge zahlen und der Zollunion angehören.

BREXIT: EU-Kommission veröffentlicht Entwurf des Artikel 50-Austrittsabkommens [73] – Die EU-Kommission hat einen Entwurf für ein Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien vorgelegt. Zentrale Punkte sind neben den Bestimmungen zu den Bürgerrechten auch Übergangsregelungen und institutionellen Bestimmungen – sowie ein Protokoll über Irland/Nordirland. Den Text des Vorschlages können Sie hier lesen [74] (auf Englisch).

Brexit-Übergang: neues Mandat [75] – Die verbleibenden 27 EU-Staaten haben der Europäischen Kommission und der Task Force [76] das Mandat zur Verhandlung der Übergangszeit nach dem britischen EU-Austritt erteilt. Die Übergangszeit soll bis zum 31.12.2020 befristet sein. In dieser Zeit muss das Vereinigte Königreich verschiedenste Pflichten weiter erfüllen (z.B. die vier Freiheiten [77] gewährleisten), hat aber kein Mitspracherecht mehr.

Brexit-Durchbruch [78] - Gemeinsam mit der britischen Premierministerin Theresa May hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker einen Durchbruch bei den Verhandlungen zum britischen EU-Austritt verkündet. Die Europäische Kommission hat dem Europäischen Rat empfohlen, ausreichende Fortschritte in der ersten Phase der Artikel 50-Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich festzustellen. Aktuelle Dokumente und Verhandlungsschritte [79] können Sie online verfolgen. Erfahren Sie auch mehr über die von der EU eingerichtete Task Force [76], die den britischen Austritt verhandelt.

Besteuerung der digitalen Wirtschaft [80] – Wie kann gewährleistet werden, dass Unternehmen wie Google oder Facebook, die mit immateriellen Gütern Gewinne erzielen, angemessene Steuern bezahlen? Dazu hat die EU-Kommission jetzt eine Konsultation gestartet. Der für Steuern, Zoll sowie für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten zuständige französische EU-Kommissar Pierre Moscovici merkt dazu an: „Die Mitgliedstaaten möchten die enormen Gewinne besteuern, die die digitale Wirtschaft in ihren Ländern generiert. Dafür brauchen wir ein Konzept auf EU-Ebene, das auch tragfähige Lösungen für Unternehmen und Investoren bietet.“ Die Kommission möchte Anfang 2018 entsprechende Vorschläge [81]

präsentieren. Das Thema Besteuerung erhält insbesondere durch die jetzt aufgedeckten "Paradise Papers" neue Brisanz.

„Pulse of Europe“: Sonderpreis in Osnabrück und offener Brief ^[82] – Die Bürgerbewegung „Pulse of Europe“ hat am 22. September 2017 die Sonderauszeichnung des Osnabrücker Erich-Maria-Remarque-Friedenspreises erhalten. Die mit 5.000,- Euro dotierte Auszeichnung (neben dem Hauptpreis für die türkische Schriftstellerin Asl? Erdo?an), die von der Stadt Osnabrück vergeben wird, bekommt „Pulse of Europe“ für das Eintreten für ein Europa, „in dem die Achtung der Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt selbstverständliche Grundlage des Gemeinwesens sind“ ^[83]. Die Europäische Union selbst hat mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas ^[84] die Debatte um den weiteren Weg eröffnet!

Europäisches Parlament gibt grünes Licht für CETA ^[85] – Das EU Parlament hat dem EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) seine Zustimmung gegeben. Damit ist die Ratifizierung des Völkerrechtsvertrages auf EU-Ebene abgeschlossen. Mehr Informationen über CETA gibt es hier ^[86]. Zudem zeigt eine neue, interaktive Karte ^[87] die Standorte von Unternehmen, die mit Kanada Handelsbeziehungen unterhalten. Allein in der Region Osnabrück sind ein knappes Duzend zumeist klein- und mittelständische Unternehmen betroffen.

EU-geförderte Analystengruppe ermittelt in Sachen Einbruch ^[88] – Die steigende Anzahl von Einbrüchen, unter anderem durch so genannte „reisende Täter“ soll jetzt auch europaweit besser aufgeklärt werden. Dazu fördert die Europäische Union eine Ermittlergruppe in Osnabrück aus Mitteln des Inneren Sicherheitsfonds (ISF) ^[89] mit insgesamt 600.000,- €.

1. Kolumne: "Populismus? Ja bitte!"



[90]

Mein Name ist **Leonardo Ziegler**, ich bin 17 Jahre alt und mache ein politisches FSJ beim Europe-Direct Informationszentrum beim Landkreis Osnabrück. In meinen Kolumnen beschäftige ich mich mit unterschiedlichsten Themen aus dem aktuellen politischen Tagesgeschehen und gebe dabei einen kleinen Einblick in meine Meinung und meine Erlebnisse mit der Politik, stellvertretend für die junge Generation.

**„Deutschlands wertvollster Rohstoff ist nachwachsend: es sind die jungen Leute.“
–Zeit Jürgen Rüttgers, CDU-Politiker**

Festgehalten, meine These lautet: Demokratie braucht Populisten! Das ist nun eine strittige Meinung, aber lassen Sie mich diese erläutern: Ich stehe generell dem Populismus kritisch gegenüber, ist er doch nicht selten ein Hass schürender Gesellschaftsteiler, der den konstruktiven Dialog verhindert und kleindenkende Weltbilder fördert. Dennoch hat er auch einen förderlich Aspekt für unsere Demokratie: Populismus macht Politik interessanter! Geht es Ihnen auch so wie mir? Wann immer Populisten eine (meist weniger realistische) Lösung anbieten, ist mein Interesse geweckt.

Bestes Beispiel sind wohl die Thesen Donald Trumps. Noch nie habe ich wohl so viel über die USA gelernt, wie beim letzten Präsidentschaftswahlkampf. Die Antworten des Populisten blieben im Ohr, genau wie die Probleme die er ansprach. Und das war wichtig. Denn egal wie geistig minderbemittelt die Lösungen Trumps auch gewesen sein mögen, er hat auf die großen aktuellen Missstände in den Vereinigten Staaten eindrucksvoll und erfolgreich hingewiesen („Stumpf ist Trump(f)“). Gelungen ist das vorher niemand anderem, oder kennen sie noch eine Forderung Mitt Romneys aus dem vorherigen Präsidentschaftsrennen? Dass er mit diesen Forderungen am Ende auch noch gewann, lag schlichtweg an der massiven Unbeliebtheit Clintons und des „Establishments“.

Die Politik ist heute zu kompliziert, hat der „normale“ Bürger doch meist keinerlei direkte

Einblicke in den politischen Alltag. Politiker, das sind für ihn die, die über den Bildschirm flattern, kurz bevor Fußball anfängt und hauptsächlich durch Skandale und Negativereignisse ins Licht rücken. Setzt man sich dann doch ein wenig intensiver mit Politik auseinander, dann fällt es inzwischen oft schwer, die markanten Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien auf Anhieb zu erkennen. Nicht nur weil diese sich von ihren einstigen klassischen Positionen so weit entfernt haben, sondern vor allem weil die Vermittlung ihrer Ansichten zu wenig dort stattfindet, wo die Wähler sind. Für die Parteien sind Social-Media und Internet wohl noch Neuland...noch etwas was sie von Trump lernen könnten...

2. Kolumne: „Hat man immer die Wahl?!“

Meine Meinung zählt nicht. Wenn alle entscheiden was zu tun ist, fragt niemand mich. Trotzdem behaupten alle, dass meine Meinung wichtig wäre. Ist das dann nicht Heuchelei?

„Wählen unter 18“ ist ein echter Dauerbrenner unter den politischen Grundsatzdiskussionen. Doch gerade die Union stemmt sich gegen das bundesweite Wählen ab 16. Bisher können Minderjährige in Niedersachsen und den meisten nördlichen Bundesländern nur bei der Kommunalwahl ihre Meinung einbringen. In den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin sowie Brandenburg ist immerhin auch die Beteiligung an den Landtagswahlen möglich. In den südlichen Bundesländern ist das Wählen der Jugendlichen hingegen noch ganz verwehrt. Das ist insofern interessant, betonen Politiker im persönlichen Gespräch doch allzu gern, wie wichtig die Jugend für sie sei. Schade!

Die Parteien mören zeitgleich über die angeblich politikablehnende Jugend und ihre fehlenden Nachwuchskräfte. Manche Menschen würden es als Satire bezeichnen, jedoch entspricht es der traurigen Realität. Diejenigen, die den Jugendlichen Partizipation in den einfachsten Grundlagen verweigern, beklagen zu geringe Partizipation. Klingt etwas nach Lorient!

Dabei wäre es immer wichtiger, die jungen Menschen in die Politik mit einzubeziehen. Durch den demographischen Wandel kippen die Altersverhältnisse der Gesellschaft in Deutschland. Wahlen werden heutzutage von den Rentnern entschieden. Die Zukunft bleibt dabei auf der Strecke. Wozu im Jahre 2035 noch Menschen unter 25 ansprechen, wenn ich mit den Leuten über 50 die absolute Mehrheit erreichen kann?! Und was für Folgen wird das dann für die Realität 2045 haben?

Schon jetzt hat die Politik den Anschluss an die heranwachsenden Generationen fast vollends verloren. Wenn sie den Anschluss noch finden will, muss sie endlich auf allen Ebenen begreifen, dass sich die Kommunikationswege in den letzten Jahrzehnten schlichtweg massiv geändert haben. Die Parteien schicken noch Briefe, während junge Menschen „posten“, „twittern“, „snappen“ und „jodeln“. Und wer noch immer glaubt, man erreiche alle Leute mit der Tagesschau oder einer Website, ist gut beraten, vielleicht einmal den Draht zu den jüngeren Menschen zu suchen. Am einfachsten wäre es jedoch, die Jugendlichen mit einzubeziehen. Denn Reife kommt mit Verantwortung. Nicht anders herum.

3. Kolumne: "Interrail für alle - Die EU verschenkt bald Reisen!"

Nun gut, bevor jetzt erste „Clickbait“- und „Fake-News“- Stimmen im Internet schallen, erläutere ich die Aussage dann doch lieber. Soll ja kein "Bild"-Niveau haben. Tatsächlich aber überlegt die EU, beziehungsweise allen voran die EVP-Fraktion (Europäische Volksparteien zum Beispiel CDU) im EU-Parlament, ob künftig alle Jugendlichen zu ihrem 18. Geburtstag ein sogenanntes „Interrail“-Ticket erhalten sollen. Solch ein Ticket erlaubt seinem Besitzer quer durch die Europäische Union mit fast allen Zügen zu reisen. Kostenlos versteht sich! Die Tickets mit einer begrenzten zeitlichen Gültigkeit, zwischen ein paar Tagen und mehreren Wochen, machen also den Traum von der spontanen (europäischen) Weltreise möglich. Denn übernimmt die Union wirklich die Kosten des Tickets, wird eine Europareise künftig für jeden Jugendlichen finanzierbar sein. Eine super Sache!

Auch ich habe mich schon auf dieses Abenteuer begeben und so viel kann ich sagen: Es war in jeder Hinsicht ein unvergessliches Erlebnis. Rom, Mailand, Nizza, Marseille, Barcelona, Paris...und das alles in nur etwas mehr als drei Wochen und innerhalb eines Urlaubs für unter 1000 Euro. Wohlgemerkt inklusive Verpflegung und Unterkünfte. Unschlagbar!

Unterbewusst hat die Reise viel in meinem Kopf verändert. Wer viele europäische Erfahrungen macht, für den wird Europa auch außerhalb des Globusses greifbar. Man merkt wohl erst so richtig, dass wir alle Menschen mit sehr ähnlichen Wünschen und Zielen sind, wenn man auf die vermeintlich Fremden trifft und sich versteht, ohne einander zu verstehen. In denen man begreift: „Nur weil wir eine andere Sprache sprechen und in einem anderen Land wohnen, entscheiden wir uns keinen Deut voneinander.“ Keine fünf Wochen vor dem schrecklichen Anschlag in Nizza wandelte ich noch strahlend über eben jene Strandpromenade. Ja, auch das sind Momente, in denen europäische Solidarität Realität wird. In denen ich persönlich gemerkt habe: „Das ist ja gar nicht so weit weg.“

Und so bleibt nur zu resümieren, dass Europa sich in den nächsten Jahrzehnten noch mehr zusammenraufen muss, will es im Zuge der gegebenen geopolitischen Entwicklung nicht seine Bedeutung verlieren. Brüssel ist auch in dieser Hinsicht gut damit beraten, schon heute eine Generation junger Menschen heranzuziehen, die auch über die Ländergrenzen hinweg ihre privaten Netzwerke betreibt und die Ideen nicht nur versteht, sondern lebt. Das Erlebnis Europa ist dafür noch immer die beste Werbung.

Inzwischen hat übrigens die EU-Kommission die Idee aufgegriffen. Unter dem Titel „Move2Learn, Learn2Move“ will sie mindestens 5.000 Schülerinnen und Schülern ab 16 Jahren Fahrkarten für Reisen in andere EU-Staaten spendieren. Mehr Infos dazu gibt's hier! ^[91]

4. Kolumne: Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten?

Entscheidungen der Staaten in Europa werden meist möglichst einstimmig getroffen. Breiter

Konsens war der Europäischen Union stets wichtiger als effiziente Debatten und Lösungen. Doch die politische Situation hat sich in den letzten Jahren geändert. Bissiger sind die Themen geworden, der Konsens schwindet. Die Zeiten, in denen alle Staaten gemeinsam auf einen Zug aufsprangen sind vorbei. Heute wird in Europa kaum noch grundlegend über Finanzen und Agrarprodukte gestritten, sondern über Menschen und Grenzen. Es stehen Fragen im Raum, wie Menschenrechte zu interpretieren sind und ob wir es uns noch leisten könnten, unsere Werte nicht nur zu predigen, sondern auch zu leben? Obwohl diese Fragen so fundamental in ihrer Bedeutung sind, gibt es in dem heutigen Europa unzählige Antworten dazu. Inklusiv derer, die den Staatenverbund gänzlich in Frage stellen. **Ist das überhaupt noch Gemeinschaft oder kann das weg?!**

Auch deshalb wird nun eine alte Vision Europas neu ins Leben gerufen. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten! Aber was bedeutet das? Erste Vorschläge eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gehen auf die 1980er Jahre zurück. Schon damals wollten einige Staaten nicht gänzlich alle Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft mittragen. Deshalb kam die Idee auf, bestimmte Vorschläge nur in den Staaten umzusetzen, in denen sie auch von staatlicher Seite Unterstützung fanden. Die übrigen Länder konnten diese Regeln umformen oder zeitlich anders umsetzen. Im historischen Verlauf der Union wurde dieses Modell mindestens zwei Mal umgesetzt. Zum einen wird das Schengener Abkommen in gewissen Teilen von den Nationalstaaten unterschiedlich interpretiert, zum anderen beteiligt sich jeder Nationalstaat auch nicht gänzlich an der Wirtschafts- und Währungsunion. In Bulgarien, Schweden, Tschechien, Rumänien, Polen, Kroatien und Ungarn wird der Euro beispielsweise nicht als Landeswährung gehandelt.

Aber kann ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten wirklich funktionieren? Meiner Meinung nach ja, aber nur wenn es feste Regeln gibt, deren Einhaltung grundlegend geachtet wird. Europa muss dabei in seinen Kernwerten eins bleiben!!! Darüber hinaus bietet ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten durchaus gewichtige Vorteile: Engagierte Länder werden nicht mehr durch zähe Reformbemühungen anderer Staaten gänzlich von ihren Kooperationen abgehalten, während wiederum andere Staaten sich nicht dauerhaft einem „Regulierungszwang aus Brüssel“ unterwerfen müssten. Dies könnte langfristig zu einer innovativeren Union führen, entfielen zukünftig doch lange Abstimmungsprozesse der 27 (28) Mitgliedsstaaten, schließlich würden den internen Debatten der Druck der Einstimmigkeit entnommen.

Dennoch ist das Ganze nicht ohne Risiko: Ein kollektives Kippen der Stimmung in mehreren Teilen der Union könnte vor allem den Skeptiker der Union nutzen. Denn auch hier würde künftig die Option bestehen, mit gleichgesinnten Partnern ein massives Netzwerk zu bilden. Es dürfte etwa durchaus dem Sinn der europäischen Gemeinschaft widersprechen, wenn Teile Europas nun über diese Möglichkeit nach und nach eine alternative Union aufzubauen versuchten. Ohnehin besteht bei diesem Konzept die Gefahr eines Europas der zwei Klassen. Welche Folgen eine solche Entwicklung sozial wie politisch haben könnte, ist kaum absehbar. Darum ist es umso wichtiger, dass das kollektive Grundregelwerk in jedem Fall hier im Ansatz vorbeugend eingreift und auf solche Szenarien vorbereitet ist. Sonst reden wir nicht mehr nur über unterschiedliche Geschwindigkeiten, sondern über unterschiedliche Strecken! Und wohlmöglich fährt dann der Zug endgültig an die Wand.

5. Kolumne: Das deutsch-französische Tandem braucht

noch Stützräder!

Die Wahl in Frankreich ist ein weiterer Schicksalstag für die Europäische Union. Inzwischen ist der erste Wahlgang in Frankreich beendet und die Reaktionen sind gespalten. Während die einen Emmanuel Macron feiern, zittern die anderen vor Marine Le Pen und bedauern ihren Einzug in die Stichwahl. Aber wie sicher ist ein Sieg von Emmanuel Macron wirklich?

Um festzustellen wie groß Le Pens Chancen bei der Stichwahl am 7. Mai sein werden, muss man sich zunächst das aktuelle Wahlergebnis angucken. Le Pen liegt nur 2,5 Prozent hinter Macron! Allerdings haben beide auch nur jeweils knapp mehr als 20 Prozent der Stimmen geholt. Zusammenkommen sie nicht einmal auf 45 Prozent aller Stimmen. Großen Rückhalt in der Bevölkerung genießen also sowohl der Parteilose Macron, als auch Marine Le Pen vom Front National nicht. Um die Wahl also zu gewinnen, werden beide ihre Zielgruppen deutlich vergrößern müssen. Einfach wird das nicht werden, denn während Le Pen vielen Franzosen zu radikal ist, gilt Anführer der Bewegung „En Marche!“ als politisch unerfahren und wenig staatsmännisch. Das Leiten der „Grand Nation“ wird ihm schlichtweg nicht zugetraut. Zudem wird dem 39-Jährigen aufgrund seiner liberalen Grundhaltung immer wieder vorgeworfen, ein Freund des Bankenwesens zu sein. Solche Zuschreibungen kommen nicht nur in Amerika nicht gut an, sondern auch in Frankreich ist eine gewisse Establishment-Wut vorhanden. Dieser Punkt wiegt besonders schwer, weil ihm, ähnlich wie in Deutschland Martin Schulz, gähnende Programmlosigkeit vorgeworfen wird.

Unmittelbar nach dem ersten Wahldurchlauf wiesen erste Umfragen zwar vergleichsweise klar auf einen Sieg Macrons (63 Prozent) hin, doch aufgrund der aktuellen Sicherheitslage in Frankreich, sollte man sich mehr denn je bewusst machen, dass dies nur eine Momentaufnahme ist. Finden tatsächlich in den nächsten Tagen weitere Terrorattentate statt, könnten sich diese Umfrageergebnisse womöglich ändern. Die Terrororganisationen dieser Welt wissen das! Sie haben bereits mit ihrem Attentat kurz vor dem ersten Wahlgang klar gemacht, dass sie in den Wahlkampf im Rahmen ihrer Möglichkeiten eingreifen werden. Mehr denn je ist also Vorsicht geboten. Die Politik Le Pens, die eine noch stärkere Spaltung der französischen Gesellschaft zur Folge hätte, würde ihnen massenhaft neue Rekruten in die Arme treiben. Für die Sicherheit Europas wäre dies ein Desaster!

Le Pen hat zudem wohlmöglich noch einen mächtigen Verbündeten: Auch Wladimir Putin hat Interesse an einem Sieg Le Pens. Ganz unverhohlen traf sich der 64-Jährige Ende März mit der Vorsitzenden der rechtsextremen Front National. Ein Sieg der Rechtsanwältin wäre für Putin mit Sicherheit ein freudiges Unterfangen, ist es doch erklärtes Ziel ihrer Partei, Frankreich aus EU und Euro zu führen. Der geopolitische Gegenspieler Russlands wäre geschwächt und massiv vom Zerfall bedroht.

Auch abseits von Putin und Terror kann sich Emmanuel Macron ohnehin sicher sein, dass es weiterhin einen schmutzigen Wahlkampf um seine Person geben wird. Nicht nur das die Beziehung mit der 24 Jahre älteren Brigitte Marie-Claude Macron (seine ehemalige Lehrerin) den einstigen Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales öffentlich in ein schlechtes Licht rückte, auch seine angebliche Homosexualität ist ein ständiger Teil der medialen Debatte in Frankreich. Skandale und Feinde hat also nicht nur Le Pen zu genüge.

Das Le Pen nicht chancenlos ist liegt aber auch daran, dass insbesondere Frankreichs Linke, die mit fast 20 Prozent stark abgeschlossen haben, mit Macron hadern. Ihr Kandidat Jean-Luc

Mélenchon verweigerte seinem sozial-liberalen Gegenkandidaten nach der Wahlniederlage die Gefolgschaft. Gut möglich, dass seine Wähler der Urne fernbleiben werden, wenn es darum geht, den starken Sozialstaat zu kürzen. Sowohl die Sozialisten, die mit knapp 6 Prozent verheerend abschnitten, als auch die konservativen Republikaner ziehen zwar öffentlich ausdrücklich Macron Le Pen vor, ob sich jedoch wirklich alle Konservativen dem ehemaligen Investmentbanker anschließen werden, darf abschließend bezweifelt werden. Auch sie könnten zuhause bleiben oder gar das Kreuzchen an der „falschen“ Stelle setzen.

Soweit die Fakten, aber wie wahrscheinlich ist denn nun ein Sieg Macrons? Die Antwort hierzu ziehen wir wohlmöglich aus den Lehren der jüngeren Geschichte. Auch wenn viele im ersten Moment von einem klaren Sieg Macrons ausgehen, sollte eines klar sein: Wahlen sind niemals vorhersehbar! Fragen Sie mal Frau Clinton :-)

Der Favorit biegt nun im Wahlkampf auf die Zielgerade und sein Rad wird stärker als bisher. Solange ihm nicht die Luft ausgeht und es ihm gelingt, seine politischen Freunde der anderen Parteien als Stützräder zu nutzen, wird er heil ins Ziel rollen. Es wäre Frankreich und insbesondere Europa zu wünschen!

6. Kolumne: Krisenausblick - sechs Probleme für Europas Zukunft

*Mein Name ist **Leonardo Ziegler**, ich bin 18 Jahre alt und mache ein politisches FSJ beim Europe-Direct Informationszentrum beim Landkreis Osnabrück. In meinen Kolumnen beschäftige ich mich mit unterschiedlichsten Themen aus dem aktuellen politischen Tagesgeschehen und gebe dabei einen kleinen Einblick in meine Meinung und meine Erlebnisse mit der Politik, stellvertretend für die junge Generation.*

Am 07.05.2017 um Punkt 20 Uhr waren wohl einige Freudenschreie an der Rue de la Loi 170 in Brüssel zu vernehmen. Hier, am Sitz der Europäischen Kommission, hatten nicht wenige Angst, in mittlerer Zukunft ihren Job zu verlieren. Die Franzosen wählten...und entschieden sich in der Stichwahl des französischen Präsidenten für den jungen pro-europäischen Emanuel Macron. Der französische Verbleib in der Europäischen Union war gesichert und damit auch das Überleben der EU - zumindest bis zur nächsten Wahl.

Tatsächlich werden die Risiken in den nächsten Jahren für die Europäische Union wohl kaum geringer werden. Das liegt vor allem daran, dass für die größten Probleme der EU auf absehbarer Zeit keine Lösungen in Sicht sind. Und so wird das europäische Boot auch in Zukunft einigen Monsterwellen ausweichen müssen:

1. **Frankreich auf dem „rechten“ Pfad?!:** Marine Le Pen ist zweitstärkste Kraft in ihrem Land und alle bisherigen Alternativen wurden massiv bei der Wahl für ihre Politik abgestraft. Auch wenn Macron einen Sieg davongetragen hat, muss klar sein, dass er der letzte Strohalm für die gemäßigte Politik ist. Sollte Macron die riesigen Probleme Frankreichs nicht in den Griff bekommen, wird Le Pen 2022 wohl Präsidentin. Die Europäische Union wäre damit am Ende.
2. **Das italienische Finanz-Struktur-Fiasko:** Doch es könnte auch schon schneller gehen als 2022. Eigentlich ist Italien für seine Pasta, Pizza und Wein, Mode und schnellen

Autos bekannt. Doch ab und an taucht das Land in unserem Alltag auch in anderen Zusammenhängen auf. Politik ist hierbei das Stichwort. „Bella Italia“ ist ein Land in dem Politik wohl niemals auch nur irgendeine Form von Langeweile angenommen hat.

Seit 1946 gab es in Italien inzwischen 64 verschiedene Regierungen. Die durchschnittliche Haltbarkeit von italienischen Regierungen beträgt damit 13,5 Monate. Das politische System in Italien ist nüchtern betrachtet also seit seinem Bestehen tatsächlich für westliche Maßstäbe nie wirklich stabil gewesen. Der italienische Staat wurschtelt sich schon seit vielen Jahren, mit andauernd wechselnden Mehrheiten, entlang seines politischen Zeitstrahls. Doch nicht die politische Stabilität macht Europa Sorge, sondern vor allem der riesige Reformstau in Italien. Keine politische Partei scheint in der Lage zu sein, dem Herr zu werden. Aufgrund des ineffizienten Staatssystems scheint es ohnehin kaum möglich, dringend nötige Reformen durchzusetzen. Dazu kommen die stetig schwächelnde italienische Wirtschaft, der marode Finanzsektor und die astronomisch hohe Staatsverschuldung. Tatsächlich droht Italien ein zweites Griechenland zu werden. Jedoch mit einem gewichtigen Unterschied: Italien ist „too big to fail“. Die Rettung des Italienischen Staates wäre auch mit größten Anstrengungen nicht leistbar. Der Euro wäre am Ende, der „Italexit“ die Folge. Ausgang ungewiss.

3. **Der griechische Schuldenberg:** Das Thema Griechenland ist ein leidiges Thema. Seit Jahren zieht es sich wie ausgelaufener Edding durch die Bilanz der Europäischen Union, ein Ende ist nicht in Sicht. Das liegt auch daran, dass das Thema Schuldenschnitt noch immer von vielen Politikern abgeblockt wird. Führende Wirtschaftsexperten und auch der IWF halten einen solchen jedoch für unerlässlich, um Griechenland langfristig zu konsolidieren. Ob es dazu kommen wird, wird wohl erst nach der Bundestagswahl diskutiert. Konfliktpotential garantiert!
4. **Das Souveränitätsproblem:** Ebenfalls ein Dauerbrenner, nur sehr viel flächendeckender angesiedelt. Der Streit um Kompetenzen mit den Nationalstaaten ist schon mindestens so alt wie die Europäische Union selbst. Doch in den letzten Jahren nahm er außergewöhnliche Züge an. Insbesondere die osteuropäischen Staaten beklagen die Bevormundung durch die Union und kritisieren lauthals deren Gängelungsdrang. Das viele osteuropäische Staaten sich nicht an Brüsseler Recht halten, generiert wiederum bei der Europäischen Kommission viel Ärger, weil von Seiten der Europäischen Union viele Milliarden an Unterstützung nach Osteuropa fließen. So lange rechts-nationale Regierungen in vielen Staaten an der Macht sind **und** keine grundlegende Reformation der Union stattgefunden hat, wird sich an diesem Umstand wohl nicht viel ändern.
5. **Kampf der Institutionen:** Nicht nur zwischen den Einzelstaaten und der EU herrscht ein Kampf um Kompetenzen. Die Frage wer was zu bestimmen hat, führt auch innerhalb der institutionellen Union zu Konflikten. Hierbei spielt insbesondere der zukünftige Aufbau der Union eine wichtige Rolle. Einen ganz besonderen Streitpunkt stellt das Europäische Parlament dar. Ein Parlament ohne Initiativrecht ist für viele Bürgerinnen und Bürger nämlich kaum in einem demokratischen System ernst zu nehmen. Überhaupt scheint die Gewaltenteilung innerhalb des europäischen Systems wenig ausbalanciert, ihr demokratischer Charakter ist viel zu oft lediglich zu erahnen.
6. **Fluchtkontinent Afrika:** Das Topthema der vergangenen beiden Jahre wird auch in Zukunft größte Relevanz haben. Das liegt nicht nur an der fatalen Sicherheitslage im

Nahen Osten, sondern auch an den Zuständen auf dem afrikanischen Kontinent. Während Bürgerkriege und bewaffnete Konflikte bereits seit längerem auf der Tagesordnung einiger afrikanischer Staaten stehen, wird in Zukunft ein weiterer Faktor für Unruhen auf dem Kontinent sorgen. Der Klimawandel trifft nicht nur die Niederländer, sondern vor allem die Menschen in Afrika sind ihm schutzlos ausgeliefert. Die UN geht in einer Studie aus dem Jahre 2009 von bis zu 350 Millionen Menschen aus, die bis 2050 ihre Heimat aufgrund des klimatischen Wandels verlassen müssen. Natürlich werden die meisten innerhalb ihres Landes nach besseren Lebensumständen suchen, ein beträchtlicher Teil wird jedoch auch seinen Weg nach Europa finden, wenn die Europäischen Staaten nicht endlich eine faire und ehrliche Entwicklungshilfe betreiben.

7. Kolumne: WiFi4EU: Digitales Upgrade für Kommunen

Es ist noch gar nicht so lange her, da bezeichnete Angela Merkel das Internet als „Neuland“ und erntete damit insbesondere den Spott der Netzgemeinde. Zweifellos war ihre unglückliche Aussage anders gemeint, sprach sie in diesem Zusammenhang über das schwierige Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im World-Wide-Web, aber der Schaden war da bereits angerichtet. Wochenlang war ihre Aussage insbesondere in den Internetforen dieser Welt der Running Gag schlechthin. Dass das Internet tatsächlich kein Neuland für uns in Deutschland ist, sollte klar sein. Dennoch haben wohl nur wenige von uns bemerkt, dass wir in einigen Bereichen allzu oft noch in der digitalen Steinzeit hausen.

International ist Deutschland in Sachen Internetgeschwindigkeit weit abgeschlagen. Obwohl mit Konrad Ernst Otto Zuse 1941 ein Deutscher den Computer in Hoyerswerda erfand, nimmt Deutschland in der digitalen Branche, als auch im Ranking der digitalen Infrastrukturen keinen Spitzenplatz ein. Platz 25 im globalen Internetranking, noch hinter Bulgarien und Rumänien, ist für den Exportweltmeister keine rühmliche Bilanz, dass wissen auch die Politiker dieses Landes.

Weil heute eine schnelle Internetverbindung aber nicht nur ein Standortfaktor für Unternehmen ist, sondern auch ein stückweit Lebensqualität, versuchen viele Kommunen und Landkreise ihren Bewohnern eine schnelle Breitbandverbindung zu bieten. Auch der Landkreis Osnabrück mischt in diesem Feld äußerst aktiv mit und sichert so die zukünftige Attraktivität der Region.

Der geneigte Leser wird nun den EU-Bezug dieser Thematik hinterfragen, doch ich kann versichern, den gibt es: Die Europäische Union ist sich ebenfalls der Bedeutung des World-Wide-Web bewusst und hat nun vor kurzem ein einmaliges Förderprojekt unter dem Namen WiFi4EU für kommunale öffentliche WLAN-Strukturen veröffentlicht. Insgesamt sollen für 120 Millionen Euro in sechs- bis achttausend europäischen Gemeinden schnelle WLAN-Netzwerke geschaffen werden. Diese sollen jedem Bürger frei und kostenlos zur Verfügung stehen. Die Europäische Union trägt dabei die Kosten für die Anschaffung und Einrichtung der schnellen Netzwerke, für das eigentliche Internetabonnement und die Instandhaltung kommt die öffentliche Stelle des WLAN-Standortes auf. Ziel des Ganzen ist es nicht nur, wirklich jedem Bürger den Zugang zu ermöglichen, sondern auch elektronische Behörden- und Gesundheitsdienste sowie eTourismus zu fördern.

Freie öffentliche WLAN-Netzwerke gibt es in Deutschland bislang nur sehr vereinzelt. Bislang

verhinderte die sogenannte „Störerhaftung“, das Netzwerkbetreiber unverschlüsselte Netzwerke angeboten haben, weil sie gegebenenfalls für illegale Handlung über ihr angebotenes Netzwerk haftbar waren.

Seit dieser Woche existiert die „Störerhaftung“ nicht mehr, SPD und CDU konnten sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Durch die damit gewonnene Rechtssicherheit für die Betreiber erwarten Experten ein deutliches Wachstum der Anzahl an freien WLAN-Netzwerken und sowie ein Ende der seit vielen Jahren andauernden Diskussion um die Haftung von illegalem Netzwerkbenutzungen. Zeit wird es!

Ein Ende erfährt damit auch diese Kolumnenserie. Meine schöne Zeit beim Landkreis nähert sich dem Schlusspunkt, neue spannende Tätigkeiten liegen vor mir. Ich bedanke mich ganz herzlich bei all meinen Lesern und hoffe dass Sie auch in Zukunft europäisch interessiert bleiben. Auch ich bleibe politisch aktiv, neben meiner neuen Tätigkeit bei der SPD ab August, habe ich mich auch für eine Mitgliedschaft in der Europa-Union entschieden. Ab Oktober beginnt dann ein ganz neuer Abschnitt für mich, ein BWL-Studium wird mich in die weite Welt tragen. Den Landkreis und die Region Osnabrück werde ich dabei aber wohl schon allein aus familiären Gründen nicht aus den Augen verlieren. Man sieht sich ja ohnehin immer zweimal im Leben.

In diesem Sinne und mit freundlichen Grüßen

Leonardo Ziegler

Quell-URL: <https://www.landkreis-osnabrueck.de/der-landkreis/europa/news-fuer-die-region>

Links

- [1] https://ec.europa.eu/germany/news/20200218ausussenminister-einigen-sich-auf-neue-mission-vor-libyscher-kueste_de
- [2] https://ec.europa.eu/germany/news/20200212-habitat-richtlinie_de
- [3] https://ec.europa.eu/germany/news/20200206-einbeziehung-buerger-kohaesionspolitik_de
- [4] https://ec.europa.eu/germany/news/20200203-verhandlungen-partnerschaft-Vereinigtes-koenigreich_de
- [5] https://www.landkreis-osnabrueck.de/sites/default/files/downloads/pm_brexit_29012020.pdf
- [6] <https://www.evz.de/de/startseite/>
- [7] <https://www.guengl.eu/statement-on-martin-buschmann/>
- [8] <https://www.tierschutzpartei.de/martin-buschmann/>
- [9] <https://www.guengl.eu/>
- [10] <https://www.david-mcallister.de/>
- [11] <https://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2020-01-13/5/situation-von-eu-burgern-im-vereinigten-koenigreich-britischen-burgern-in-der-eu>
- [12] https://ec.europa.eu/germany/news/20191204-arbeitsmethoden-kommission-von-der-leyen_de
- [13] https://ec.europa.eu/germany/news/20191218-verhandlungen-kuenftige-beziehungen-vereinigtes-koenigreich_de
- [14] https://ec.europa.eu/germany/news/20191213-europaeischer-rat_de
- [15] https://ec.europa.eu/germany/news/20191028-brexit-verschiebung_de
- [16] <https://twitter.com/eucopresident/status/1188748108764721152>
- [17] https://ec.europa.eu/germany/news/20191015-gleichstellung_de
- [18] https://ec.europa.eu/germany/news/20190819-rettungsschiffe-mittelmeer-kommission-erinnert-humanitaeren-imperativ_de
- [19] <https://osnabrueck-alternativ.de/tag/seebruecke/>
- [20] <https://www.youtube.com/watch?v=7pVXL7Bf220&feature=youtu.be>
- [21] https://www.dil-ev.de/kooperationen/einstieg/zusammenarbeit-in-europa-und-der-welt.html#pagecontent_301

[22] <https://eit.europa.eu/de/in-your-language>

[23] https://ec.europa.eu/germany/news/hormonfreies-rindfleisch20190805_de

[24] https://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-4687_de.htm

[25] https://ec.europa.eu/germany/news/20190725-nitrat_de

[26]

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=4E03C0C65D1DA7C65C99C2DC1E83AA37?text=&>

[27] https://ec.europa.eu/germany/news/20190726-duerre_de

[28]

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=9A223BE9F753C11F7D990F180811DA28?text=&>

[29] https://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/de/

[30] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008L0050&from=DE>

[31] <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-06/cp190075de.pdf>

[32]

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=31964A686C0DB974B0519E700C46B71E?text=&>

[33] <https://www.euregio.eu/de>

[34] https://ec.europa.eu/germany/news/20190612-no-deal-brexite_de

[35] <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2018/06/29/>

[36] https://ec.europa.eu/germany/news/brexit20190411_de

[37] https://ec.europa.eu/germany/news/20190409-brexit-renten_de

[38] https://ec.europa.eu/germany/news/20190325-vorbereitungen-brexit_de

[39] https://ec.europa.eu/germany/news/brexit20190314_de

[40] https://ec.europa.eu/germany/news/brexit20190313_de

[41] https://ec.europa.eu/germany/news/brexit20190312_de

[42] <https://www.landkreis-osnabrueck.de/migration-integration/aufenthaltsrecht#node-42005>

[43] <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/migration/brexit/faqs-brexit.html>

[44] https://ec.europa.eu/germany/news/20190228-fakten-statt-schauermaerchen-europaeische-kommission-antwortet-auf-falschbehauptungen-ungarischer_de

[45] https://ec.europa.eu/germany/refugees_de

[46] https://ec.europa.eu/germany/news/20190218-brexit-vorbereitung-zoll_de

[47] https://ec.europa.eu/taxation_customs/uk_withdrawal_de

[48] https://ec.europa.eu/germany/news/20190116-juncker-brexit_de

[49] https://ec.europa.eu/commission/brexit-negotiations_de

[50] https://ec.europa.eu/germany/news/brexit20190114_de

[51] <https://www.euractiv.de/section/europakompakt/news/100-eu-abgeordnete-schreiben-offenen-brexit-brief/>

[52] <https://www.weidenholzer.eu/open-letter-to-the-citizens-of-the-united-kingdom/>

[53] <https://jens-gieseke.de/>

[54] <https://rebecca-harms.de/>

[55] http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6851_de.htm

[56] https://ec.europa.eu/germany/news/20181205-brexit-austrittsabkommen_de

[57] <https://www.wifi4eu.eu/#/home>

[58] <https://www.wifi4eu.eu/#/list-municipalities>

[59] http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-2066_de.htm

[60] https://ec.europa.eu/germany/news/20181005-Albanien_de

[61] https://ec.europa.eu/germany/news/20180924-rechtsstaatlichkeit-polen_de

[62] http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4987_de.htm

[63] https://ec.europa.eu/germany/news/20180810-jugend_de

[64] <https://www.landkreis-osnabrueck.de/sites/default/files/downloads/europaeischedsolidaritaetskorpshfactsheetprint.pdf>

[65] http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4035_de.htm

[66] https://ec.europa.eu/germany/news/20180720-michel-barnier-brexit-weissbuch_de

[67] https://ec.europa.eu/germany/news/20180719-regierungen-und-wirtschaft-auf-den-brexit-vorbereiten_de

[68] https://ec.europa.eu/germany/news/20180713-bericht-beschaefigung_de

[69]

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=113&newsId=9150&furtherNews=yes>

- [70] https://ec.europa.eu/germany/news/20180618-easo-bericht-zahl-der-asylantraege_de
- [71] https://ec.europa.eu/germany/news/20180320-freies-w-lan-fuer-alle_de
- [72] https://ec.europa.eu/germany/news/20180319-brexit_de
- [73] https://ec.europa.eu/germany/news/20170228-austrittsabkommen_de
- [74] https://ec.europa.eu/commission/publications/draft-withdrawal-agreement-withdrawal-united-kingdom-great-britain-and-northern-ireland-european-union-and-european-atomic-energy-community_de
- [75] https://ec.europa.eu/germany/news/20180130-brexit_de
- [76] https://ec.europa.eu/info/departments/taskforce-article-50-negotiations-united-kingdom_de
- [77] <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16987/vier-freiheiten>
- [78] https://ec.europa.eu/germany/news/20171208-brexit-verhandlungen-erster-durchbruch-ist-gelungen_de
- [79] https://ec.europa.eu/germany/content/verhandlungen-mit-dem-vereinigten-k%C3%B6nigreich-gem%C3%A4%C3%9F-artikel-50-des-eu-vertrags_de
- [80] https://ec.europa.eu/germany/news/20171027-digitale-wirtschaft_de
- [81] http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-3305_de.htm
- [82] <https://pulseofeuropa.eu/de/poe-staedte/>
- [83] <https://www.osnabrueck.de/friedenspreis/start/aktuelles/news/asli-erdogan-erhaelt-den-erich-maria-remarque-friedenspreis-2017.html>
- [84] https://ec.europa.eu/commission/white-paper-future-europe-reflections-and-scenarios-eu27_de
- [85] http://ec.europa.eu/germany/news/eu-parlament-gibt-gr%C3%BCnes-licht-f%C3%BCr-abkommen-mit-kanada_de?newsletter_id=188&utm_source=representations_newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=Aktuell&utm_content=EU-Parlament%20gibt%20gr%C3%BCnes%20Licht%20f%C3%BCr%20Abkommen%20mit%20Kanada&lang=de
- [86] http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/index_de.htm
- [87] <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/ceta-in-your-town/>
- [88] <http://www.pd-os.polizei-nds.de/aktuelles/kampf-gegen-einbrecher-europaeische-union-unterstuetzt-neues-projekt-der-polizeidirektion-osnabrueck-mit-600000-euro-111663.html>
- [89] https://www.innerersicherheitsfonds.de/Innerersicherheitsfonds/DE/Home/home_node.html#Start
- [90] https://www.landkreis-osnabrueck.de/sites/default/files/seiten/leonardo_03.jpg
- [91] <https://www.kmk-pad.org/aktuelles/artikelansicht/mit-der-initiative-move2learn-learn2move-und-etwinning-europa-erkunden.html>